



BVBB

Bürgerverein Brandenburg-Berlin e.V.

Anerkannt als gemeinnütziger Verein
Parteienunabhängig - für Bürgerrechte

BVBB-Zentrale: Wilhelm-Grünwald-Str. 48-50, 15827 Blankenfelde

Telefon: 0 33 79 / 20 14 34 · Telefax: 0 33 79 / 20 14 35

Sprechzeiten: Donnerstag 14.30 - 18.00 Uhr

www.bvbb-ev.de und www.planfeststellungsverfahren.net

Hier lesen Sie, was Sie so oder überhaupt nicht durch die Medien erfahren!

INFO 52

Blankenfelde, im April 2009

Auf ein Wort

Wir erinnern daran, dass der Landtagswahlkampf in Brandenburg seine Schatten voraus wirft. Parteien und ihre Kandidaten versprechen nun, was sie alles gegen den BBI in Schönefeld und gegen seine Folgen tun wollen. Plötzlich gibt es Programme gegen das, was sie selbst mit verantwortet haben. Landtagsabgeordnete gründen nun auf einmal „Hilfsvereine“, um gegen den von ihnen mit herbeigeführten Fluglärm Rat zugeben. Da stört es ihren Allmachts- und Alleinvertretungsanspruch massiv, dass der BVBB nicht mitmacht, dass sich freie Wählergemeinschaften bilden, die unabhängig von Parteidoktrinen in Gemeindevertretungen und Parlamente streben. Dass sich Bürger politisch mit Wählergruppen zur Wehr setzen, hat aber die Ursache im Versagen der Parteien und dem damit einhergehenden Vertrauensverlust. Weit über 60 % der Bürger trauen den Parteien keine Lösungskompetenz mehr zu. Darum sind die Parteien in Wahrheit nur noch Vertreter von Minderheiten, eben keine Volksparteien. Bürgerinitiativen und freie Wählergruppen sind darum die Konsequenz aus dem Versagen der Parteien. Was ist das noch für eine Demokratie, wenn 33 Parteimitglieder drei Landtagskandidaten wählen, die in drei Wahlkreisen dem Bürger serviert werden? Darüber sollten die Parteien nachdenken und sich nicht darauf beschränken, die Bürger zu verurteilen, die bereit sind, das politische Heft selber in die Hand zu nehmen. Freie Wählergruppen oder Bürgervereine wie der BVBB sollen zu Tätergruppen stilisiert werden, obwohl sie Produkt von auferlegten Opfern sind. Auch das gehört zur Wahrheit. Wer gegen Parteien ist, ist kein Staatsfeind. Wer versagende Parteien politisch bekämpft, leistet ein großen Beitrag zur inneren Gestaltung des Staates und gegen Allmachtsansprüche der Parteien. Warum ist es so weit gekommen? Lesen Sie die INFO, wir geben eine Antwort!

Warum?

WARUM fragen auch oft uninformierte Leser unserer INFO, ist der BVBB immer noch gegen den BBI, obwohl er doch nun gebaut wird? WARUM, so predigen Politiker, findet sich der BVBB, wie viele der Betroffenen, nicht endlich mit der Tatsache ab, dass der BBI gebaut wird? WARUM hört der BVBB nicht damit auf, ständig Forderungen zu stellen? WARUM stellt er sich nicht endlich hinter die propagierten Vorteile des BBI und lobt wie alle Baubefürworter eine angeblich glänzende Zukunft für die Region?

Unsere Antwort auf das WARUM sind Fakten, die die Folgen für Betroffene und ihre Rechte öffentlich machen. Zum Propagandajubel passt es nicht, wenn wir immer wieder den Parteien, der Landesregierung von Brandenburg und dem Berliner Senat den Spiegel ihrer - so einst Stolpe: „unmenschlichen Standortentscheidung“ - vorhalten. Platzeck, Wowereit, der SPD, der CDU und den Linken kann es natürlich nicht gefallen, wenn wir ihnen ihre Wendehalspolitik vom „Nein“ zu Schönefeld zum jubelnden „Ja“ unter die Nase reiben. Natürlich wollen sie nicht hören, dass 120.000 bis 140.000 Menschen bewusst gesundheitsgefährdendem Fluglärm ausgesetzt werden und keine Nachtruhe mehr haben sollen. Ihr Eigentum wird bis zur Unverkäuflichkeit entwertet. Gipfel der Unmenschlichkeit: Kinder in Kitas, Horts und Schulen in künstlich belüftete Akustikkäfige zu sperren. Die Familien werden in Schlafräumen untergebracht, die mit Schallschutzfenstern so dicht sind, dass mit Ventilatoren Luft zum Atmen eingeblasen werden muss. Gärten und Erholungsgebiete werden zu Lärmduschen durch 1.000 und bald mehr Überflüge in 24 Stunden. Über diese Realität zu schreiben, das passt nicht in den Propagandajubel zum BBI.

Den Parteien, Regierungen und den Flughafenefürwortern, die am Bau Geld verdienen, geht es um wirtschaftlichen und politischen Erfolg. Ohne Not setzen sie die falsche Standortentscheidung durch. Das wissen sie auch, denn ursprünglich haben sie den Standort Schönefeld als ungeeignet und unmenschlich verworfen. Politik und Flughafengesellschaft wollten einst einen neuen Großflughafen in Sperenberg. Warum sie diesen Standort aufgegeben haben, ihren Hals um 180 Grad drehten, bleibt ihr Geheimnis. Mit dieser Kehrtwendung haben sie aber bewiesen, dass sie den Menschen als Funktionsmasse für den wirtschaftlichen Erfolg und ihre machtpolitischen Interessen einsetzen. Sie haben die Betroffenen zu Opfern deklassiert, die sich wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen unterzuordnen haben. Wer keine Bereitschaft zu dieser Unterordnung zeigt, eine Entscheidung kritisiert oder gar als Bürger in einer Initiative gegen sie kämpft, ist zwangsläufig Systemfeind.

**SO MIT UNS
NICHT**

Wer die Menschen unterordnet, sie zu Opfern wirtschaftlicher Ziele deklassiert, verdrängt das Menschenbild, das unser Grundgesetz der Politik, der Gesellschaft, der Wirtschaft und jedem Verantwortungsträger verpflichtend auferlegt hat. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (Artikel 1) „Jeder hat ein Recht auf körperliche Unversehrtheit“ (Artikel 2). Wer will bestreiten, dass die BBI-Entscheidung diese wichtigsten Grundsätze mit Füßen tritt? Es stimmt doch, dass mit den Betroffenen würdelos umgesprungen wird. Es ist auch richtig, dass ihre körperliche Unversehrtheit bewusst gefährdet wird.

Warum? Es geht bei der BBI-Entscheidung um mehr als wirtschaftlichen und politischen Erfolg. Es geht um die Verletzung eines Menschenbildes, dass Würde und Schutz vor allen anderen Interessen unumstößlich beanspruchen muss. Weil dieser Anspruch verbrieft ist, wird der BVBB sich mit Politik und Politikern nicht abfinden, die den Menschen als Funktionsmasse und Stimmvieh zum Erhalt ihrer Macht und ihrer wirtschaftlichen Ziele benutzt. Erst recht werden wir nicht schweigen, wenn dem Prinzip gehuldigt wird: Zuerst die Partei und dann das Volk.

Gibt es eine Antwort, eine Lösung zum „Warum“?

Die Antwort heißt: Verständnis, Anstand, Toleranz und Solidarität. Verständnis für die Sorgen und Opfer, die man den Betroffenen zufügt! Anstand, ihnen zu helfen, das Schlimmste abzuwenden, sie zu entschädigen. Toleranz, die diejenigen verpflichtet, die Menschen zu Dienern von Interessen degradieren, „Waffengleichheit“ im Kampf für ihre Interessen zu verschaffen. Solidarität als helfende Hand derjenigen, die ausschließlich Vorteile aus ihrer BBI Entscheidung ziehen.

Vertuschen, verdrehen, Legenden bilden

Es ist wirklich ein Zeichen der Hilflosigkeit, wenn sich der Sprecher der Schutzgemeinschaft, Schulzendorfs Bürgermeister H. Burmeister, nun vor seiner Gemeindevertretung oder auf Informationsveranstaltungen damit brüstet, für die Betroffenen mehr getan zu haben als der BVBB. Vor dem Hintergrund der finanziellen Leistungen und hunderttausender ehrenamtlicher Arbeitsstunden der BVBB-Mitglieder ist die Behauptung unwahr und zynisch zugleich. Burmeister will vergessen machen, welche Rolle seine Partei „Die Linke“ in Sachen BBI wirklich spielt. Spätestens seit sie in Berlin Senatsposten bekommen hat, ist „Die Linke“ voll auf BBI-Kurs gegangen. In Brandenburg tut sie alles, um auch an die Fleischtöpfe von Ministerposten zu kommen. Darum, um von wahren Absichten abzulenken, muss der BVBB zum bösen Buben gemacht werden. Die Wahrheit: Der BVBB deckt die tatsächlichen Ziele der Parteien auf. Diese wollen mit aller Macht ihren bürgerfeindlichen Anspruch auf Alleinvertretungsrecht absichern, um ihre Macht retten.

Immer noch fehlende BBI Finanzierung - Grenzenlose Unverantwortlichkeit und Schwarz sieht schwarz

Der „Berliner Morgenpost“ sei dank, weil sie nun mutig den BBI-Finanzierungsskandal durch Befragen des Flughafengeschäftsführers, mit dem sinnfälligen Namen Schwarz, aufgedeckt hat (MOPO 12.03.09). Sie schreibt: „...Noch kein Termin für BBI-Finanzierung“... Aus den Worten von Schwarz ist zu entnehmen....“dass das Flughafenprojekt auf Kante genäht ist und Liquiditätsengpässe wie ein Damoklesschwert über dem Projekt hängen“.... Schwarz gibt dann zu, dass der Großteil von Eigenmitteln, die Berlin, Brandenburg und der Bund, in Höhe von 440 Mio. EUR eingebracht haben, schon ausgegeben ist. Dazu wäre dann auch die Frage zu stellen, ob die 340 Mio. von den Banken ausgeliehenen „Überbrückungskredite“ auch schon im Beton verschwunden sind. Der „notwendige Rest“ von 2,4 Mrd. EUR soll durch Bankkredite sichergestellt werden. Allerdings kann mit den Banken erst verhandelt werden, wenn die EU die 100% Bürgschaften zu Lasten des Steuerzahlers, als nicht wettbewerbsverzerrend akzeptiert. Schwarz hofft hier, dass er von der EU bis zum Sommer eine positive Zusage bekommt. Mit diesem Bericht bestätigt die MOPO, was der BVBB schon 2005 vorgerechnet und prophezeit hat. Wir halten fest: Ohne gesicherte Finanzierung wird munter weitergebaut und dem Steuerzahler die Folgen für die Verantwortungslosigkeit aufgebürdet. Ohne gesicherte Finanzierung zu bauen wäre für ein Privatunternehmen Untreue und darum kriminell. Nach Schwarz ist die Kalkulation für die Baukosten „auf heiße Kante genäht“. Das ist die Ankündigung, dass die 2,4 Mrd. hinten und vorne nicht ausreichen werden. Vor diesem Hintergrund ist der größte Skandal das Verhalten von SPD, CDU, Linken, die ohne jede Widerrede Platzeck und Wowereit weiter werkeln lassen.

Das Konjunkturprogramm BBI - nicht lachen!

Der BBI wirkt als Konjunkturprogramm - so die politische Propagandamaschine der Brandenburgischen Landesregierung. Stolz wurde verkündet: 11 Firmen haben sich angesiedelt und somit 240 neue Arbeitsplätze geschaffen. Weitere 13 Unternehmen wollen ihre Geschäfte ausbauen und weitere 182 Jobs schaffen. Der Landrat des Kreises Dahme-Spree, Loge (SPD), posaunt zu diesen Zahlen: „Wir erleben richtig die Dynamik“. Wie viel Arbeitsplätze in gleicher Zeit in gleicher Region vernichtet wurden, wird angesichts dieses „Erfolges“ lieber verschwiegen. Das gehörte aber auch zur „Dynamik“.

Gewerbeflächen am BBI werden Ladenhüter

Mit dem üblichen Propagandaaufwand verkündeten Berlin und Brandenburg vor gut einem Jahr die Installierung eines Ansiedlungsbüros, mit 6 Mitarbeitern, zur Vermarktung der Gewerbeflächen rund um den BBI. Investoren aus der ganzen Welt waren ausgemacht, die am BBI investieren wollen. Jetzt kommt es heraus: Das mit hochqualifizierten Grundstücksvermarktern besetzte Büro hat noch keinen einzigen Investor gewonnen, der bereit ist, auf den Flächen zu investieren. Wirtschaftsminister Junghans (CDU Brandenburg) und Wirtschaftsminister Wolf (Linke, Berlin) hatten in geübtem Propagandastil bei Eröffnung des Büros von einem Signal zur Stärkung der

**SO MIT UNS
NICHT**

Wirtschaftsregion und vor einer nun erfolgreichen Vermarktung der Boomregionen fabuliert. Und nun das Ergebnis: Sie stehen sprichwörtlich nackt da, sind blamiert bis auf die Knochen. Mieter gibt es auch noch nicht für ein 34 ha großes Grundstück, das eine Projektentwicklungsgruppe aus München entwickeln und vermarkten will. Da darf man nun gespannt sein, was diesen Investor noch am BVB hält. Wissen muss man noch, dass auch diese Projekte Bestandteil der Jobmaschinenpropaganda sind.

Hilfe, wir haben keine Unternehmer die Schallschutzfenster bauen wollen

Krampfhaft sucht die FBS nach Unternehmen, die das millionenschwere Schallschutzprogramm, den Einbau von Schallschutzfenstern in private Wohnhäuser, umsetzen sollen. Dies trotz europaweiter Ausschreibung. Die Ausschreibung war ein Flop! Nun soll ein weiterer Teilnehmerwettbewerb her, wie die Handwerkskammer fordert. Die Angst der Handwerker ist verständlich. Wie sollen sie Angebote verantworten, Garantien für Bauleistungen übernehmen, wenn sie nicht wissen, wann und für welche Objekte sie die Fenster einbauen sollen? Natürlich müssen sie auch mit unübersehbaren baurechtlichen Auseinandersetzungen rechnen. Wie brisant die Bauleistung ist, zeigt die Tatsache, dass schon mehr als 1000 Betroffene BVBB Anwälte mandatiert haben. Dass die Betroffenen sich nach Gutdünken der FBS so einfach Fenster einbauen lassen, kann nur die FBS glauben.

Wer wundert sich über Wunder, der „mittelmäßig fassungslos“ ist

Der sich so nennende „Fluglärmbeauftragte“ der Landesregierung von Brandenburg, Lutz Wunder, erklärte vor der Fluglärmkommission seine mittelmäßige Fassungslosigkeit, berichtet die MAZ Dahme Spreewald (05.02.09). Die für den Kreis Teltow Fläming zuständige Zossener Regionalausgabe hat ihren Lesern den fassungslosen Wunder vorenthalten.

Was machte fassungslos? ...“Wir besitzen ein klares Regelkonzept, wissen aber nach so langer Zeit nicht, wer es umsetzen kann.“...Worum ging es? Was der BVBB schon seit Jahren sagt, durch Fluglärmbeschwerden dem Flughafen und der Landesregierung hinreichend bekannt ist: Es wird ohne Rücksicht auf die Besiedelung, und Lärmschutz, an- und abgeflogen. Es wird geflogen, wie es den Fluggesellschaften gefällt. Hauptsache, es kann Treibstoff (Kerosin) und Zeit gespart werden. Die Lärmbetroffenheit spielt keine Rolle, denn die Gewinne der Fluggesellschaften sind wichtiger, als der Schutz der Bevölkerung. Weil die verantwortlichen Parteienvertreter und die Vertreter der Gesellschafter (Platzek, Wowerit), und erst recht die FBS, ihr gesundheitsgefährdendes Verhalten nicht zugeben wollen, schiebt Einer dem Anderen die Schuld für das frevelhafte Verhalten zu. Jetzt hat die Landesregierung den Schuldigen gefunden. Die Bundesregierung soll nun entscheiden, wer für die Flugrouten zuständig ist. Die Landesregierung tut so, als könne sie nicht zusammen, mit den betroffenen Gemeinden und dem BVBB eine Flugroutenregelung mit der Deutschen Flugsicherung (DFS) vereinbaren, die besiedelte Gebiete schont. An allen deutschen Großflughäfen wird es so gehandhabt, weil auch die Rechtslage dies vorsieht. Nur in Berlin und Brandenburg lässt man die Piloten so fliegen, wie die Fluggesellschaften es wollen. Eine erbärmliche Praxis die wiederum zeigt, dass die Menschen in Berlin und Brandenburg der Wirtschaft zu dienen haben.

Wenn Einer eine Reise tut, dann kann er was erzählen

Begleitet vom Vorsitzenden der Schutzgemeinschaft der Gemeinden, Bürgermeister H. Burmeister, haben sich die „Moderatorin“ des Dialogforums, eine Büroangestellte und die Umlandbeauftragte der FBS auf Bildungsreise zu den Flughäfen München und Wien begeben. Offensichtlich hat zumindest Burmeister gelernt, was an diesen Flughafenstandorten an Bürgerbeteiligung, Bürger- und Gemeindeeinfluss, alles getan wird, um mit den Folgen von Fluglärm und Belastungen durch den Flugbetrieb fertig zu werden. Unabhängig davon, dass auch Burmeister alle diese Erkenntnisse vom BVBB hätte bekommen können, kann man nun hoffen, dass die Schutzgemeinschaft aus der Reise die richtigen Schlussfolgerungen zieht. Vielleicht hat die Schutzgemeinschaft zur Kenntnis genommen, dass die ihr bekannten Forderungen des BVBB vom Februar 2007 keine Hirngespinnste sind, sondern nur wiedergeben, was an anderen Flughäfen, auch europaweit, praktiziert wird.

Burmeister hatte u. a. berichtet, dass in München ein „Nachbarschaftsbeirat“ unter Beteiligung von Kommunen und Bürgerinitiativen mit „Arbeitsausschüssen“ für die Problembewältigung aus den Flugbetriebsfolgen gemeinsam, mit Stimmrechten, arbeiten. Problembewältigung heißt dann auch, dass positive Möglichkeiten aus der Betreibung des Flughafens gemeinsam vermarktet werden. Bei Lärmgrenzen über 55dB(A) sollen die Gemeinden aus einem 100 Mio. EUR Topf, bei 10% Eigenanteil, für ihre Infrastruktur schöpfen können.

Fast vorbildliche Verhältnisse der Zusammenarbeit und der Bürgerbeteiligung gibt es in Wien. Hier ist ein Forum als Verein installiert, in dem Flughafen, betroffene Bundesländer, Gemeinden und Bürgerinitiativen sich mit allen Fragen und Problemen befassen, die der Flugbetrieb mit sich bringt. Der Wiener Flughafen bezahlt den Bürgerinitiativen eine Mediatorin, stellt den Bürgerinitiativen kostenfrei Büroräume zur Verfügung, Büromaterial, einen Rechtsanwalt, zahlt Kilometerpauschalen. Nach Burmeister kostet dies die Flughafengesellschaft 100.000 EUR pro Jahr.

Jetzt müssen Burmeister und die BVBB-Gegner in SPD, CDU, Linke und FDP nur noch die Frage beantworten, was sie gegen den BVBB und seine Forderungen haben. Sie müssen sich erklären, warum sie nicht an der Seite des BVBB in Berlin und Brandenburg, auf Grundlage der BVBB-Forderungen, ähnliche Verhältnisse wie z. B. in Wien, politisch durchsetzen wollen.

Der BVBB ist neu aufgestellt - neuer Vorstand gewählt

Auf seiner Delegiertenkonferenz in Rotberg (13.03.09) haben 58 in den Ortsgruppen gewählte Delegierte den neuen BVBB-Vorstand gewählt und Marschroute und Ziele für die Arbeit der nächsten 2 Jahre besprochen, diskutiert und festgelegt. Mit 98% der in geheimer Wahl abgegebenen Stimmen wurde die seit August 2007 amtierende Vorsitzende Astrid Bothe (47 Jahre) aus Bohnsdorf zur neuen Vorsitzenden gewählt. Sie folgt Ferdi Breidbach, der 7 Jahre den BVBB erfolgreich geführt hat. Nach seinem Rücktritt aus persönlichen Gründen wurde

**SO MIT UNS
NICHT**

Ferdi Breidbach im November 2007 durch Beschluss des Beirats zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Ferdi Breidbach (70 Jahre) gab sein Wort, das er, befreit von administrativen Aufgaben der Vereinsführung, sich mit aller Kraft auch in Zukunft für die Ziele des BVBB einsetzen werde. Unter Beifall der Delegierten bedankte sich die neue Vorsitzende bei Ferdi Breidbach für seine erfolgreiche Arbeit für den BVBB. Die Delegierten wählten in ebenfalls geheimer Abstimmung, mit Stimmergebnissen zwischen 75 und 95%, die Beisitzer Achim Draebert, Klaus Dierke, Gernut Franke, Dagmar Rebel-Cortes, Gerrit Schrader und Matthias Stefke. Hans-Joachim Stefke wurde mit 98% der Stimmen erneut zum Schatzmeister gewählt.

Astrid Bothe legte überzeugend dar, dass der BVBB für seine zukünftigen Auseinandersetzungen optimal gerüstet ist. „Unser Konzept beruht auf der Verpflichtung, als Schutzorganisation für Mensch und Umwelt alle Kräfte zu mobilisieren.“ Insbesondere für die rechtliche Auseinandersetzung um den erwarteten Planfeststellungsbeschluss zu einer neuen Nachtflugregelung zum BBI erwartet sie eine neue Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht gegen den neuen Planfeststellungsbeschluss. „Aller Propaganda zum Trotz muss der BVBB feststellen, dass es ein von Platzeck angekündigtes Bündnis am Boden nicht gibt“, erklärte Astrid Bothe. „Es wird über Dialogforen geredet, aber eine Beteiligung der Bürger und des BVBB wird verweigert. Bisher wurden nur - auch mit Hilfe der Bürgermeister der Umlandgemeinden - die Interessen der FBS und der Politik abgesichert. Nachweisbar wurde für die Betroffenen, deren Forderungen der BVBB schon im Februar 2007 bekannt gemacht hat, nichts erreicht“.

Unerträglich

Zur neuen Linie des Alleinvertretungsanspruchs der Parteien und der Bürgermeister gehört die Parole: Wir haben viel erreicht, der BVBB nichts. Dabei verschweigen sie, dass sie den BVBB von jeder sinnvollen Beteiligung ausschließen, selber für die Betroffenen nichts erreicht haben. Es war aber der BVBB, der mit 4000 Klägern die widerrechtliche Nachtflugregelung, die Platzeck und Wowereit wollten, beim Bundesverwaltungsgericht zu Fall gebracht hat. Sie verschweigen, dass Mitglieder und Kläger des BVBB, im Interesse aller Anwohner, für den Kampf schon 3,5 Mio. EUR für Informationspolitik, Kosten für Anhörungen, Gutachten, Anwalts- und Gerichtskosten, aus der eigenen Tasche bezahlt haben. Im Gegensatz zu Bürgermeistern und Gemeindevertretern bekommen ehrenamtliche Mitarbeiter des BVBB weder Gehälter noch Aufwandsentschädigungen. Es sei auch daran erinnert, dass alle Kosten, die die Gemeinden einsetzen, Steuergelder sind und nicht aus der Tasche von Bürgermeistern oder Gemeindevertretern bezahlt werden. Wenn nun, wie geschehen, die Bürgermeister damit protzen, dass sie dem BVBB Gutachten zur Verfügung gestellt haben, dann ist dies unerträglich. Zum einen stehen aus Steuergeldern finanzierte Gutachten allen Bürgern zur Verfügung, sie sind nicht Eigentum der Bürgermeister. Zum anderen hat der BVBB aus Mitgliederbeiträgen finanzierte Gutachten auch den Bürgermeistern zur Verfügung gestellt. So sieht die Wahrheit aus!

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt in den BVBB und erkenne die Satzung des Vereins an.

Name	Vorname
_____	_____
Straße	

PLZ	Wohnort
_____	_____
Geb.-Datum	Beruf
_____	_____
Tel. privat	Tel. dienstlich
_____	_____
Fax privat	Fax dienstlich
_____	_____
Ort / Datum	Unterschrift
_____	_____
	Zusätzliche Unterschrift des gesetzlichen Vertreters bei Minderjährigen

Beitrag

Der Monatsbeitrag ist in Abhängigkeit der Einkommensverhältnisse gestaffelt.
Bitte kreuzen Sie entsprechend der Höhe Ihres monatlichen Einkommens Ihren gewählten Beitragstarif an.

T 1	BASISTARIF	Mitglieder mit monatlichem Netto-Einkommen über 1.000,00 €	3,00 €	<input type="checkbox"/>
T 2	ERM. TARIF	Mitglieder mit monatlichem Netto-Einkommen unter 1.000,00 €	1,50 €	<input type="checkbox"/>
T 3	FREITARIF	Mitglieder ohne Einkommen	0,00 €	<input type="checkbox"/>

Nach Erhalt der Aufnahmebestätigung bitten wir Sie unter Angabe des Namens und der Mitgliedsnummer um Überweisung des Betrages möglichst als Jahres- oder Halbjahresbeitrag auf das

Spenden- u. Beitragskonto des BVBB: Volksbank Berlin · BLZ: 100 900 00 · Konto-Nr.: 7188733004

Wir kämpfen weiter!

Helpen Sie uns, weil Ihnen geholfen wird! Spenden Sie und werden Sie Mitglied des BVBB!